



Landesversammlung 2010 in der Oberpfalz – quad war's!

Wie immer am dritten Novemberwochenende eines Jahres trafen sich die Delegierten aus den Bezirken der Bayerischen Jungbauernschaft zu ihrer Landesversammlung. Dieses Mal war die Landesversammlung, es war die 78. seit Gründung der BJB, im Kloster Ensendorf in der Nähe von Amberg zu Gast. Fast pünktlich konnte am Samstag um 11 Uhr mit dem internen Teil der Landesversammlung begonnen werden und nach den Begrüßungen durch die Landesvorsitzenden Ludwig Raßhofer und Simone Eichinger und die Bezirksvorsitzenden Johann Kiener und Christine Schmidkonz ging es auch gleich voll ins Programm.



Landesvorsitzende
Simone Eichinger
und Ludwig Raßhofer

den Auftakt. Leider war die Beschlussfähigkeit, wohl erstmalig, erst nach der Mittagspause erreicht, so dass die Abstimmung des Protokolls bis dahin verschoben werden musste. Was folgte war der Bericht



Bezirksvorsitzende Christine Schmidkonz
und Johann Kiener

des Landesgeschäftsführers über die wichtigsten und relevanten Punkte in finanzieller und personeller Hinsicht sowie die Vorstellung der Haushaltsrechnung und der Bilanz für das Jahr 2009. Nach der Aussprache über die wichtigsten Punkte und einzelnen

Nachfragen waren die Kassenprüfer an der Reihe und beantragten nach der Vorstellung ihres Berichts die Entlastung von Vorstand und Geschäftsführung, die auch erteilt wurde. Die Verabschiedung des Haushalts

potentieller Ehrenamtlicher zurückschlagen. Der AK II hatte sich mit der Bildung im Agrarbereich beschäftigt und eine Position entwickelt, die unter dem Titel „Nur erstklassige Bildung sichert den Agrarstandort



Die Delegierten stimmen ab

für 2011 erfolgte ebenfalls. Auch noch am Samstag waren etwas früher als geplant Vertreterinnen aus dem Vorstand der Landjugend Rheinland-Nassau zu Gast. Diese stellten uns anhand einer gelungenen PowerPoint Darbietung den kommenden Deutschen Landjugendtag vor, der diesjährig in Trier stattfinden wird.

Die Bayerische Jungbauernschaft und ihre Mitglieder sind herzlich eingeladen daran teilzunehmen, so die Botschaft. Noch vor den Exkursionen stand aber noch mal inhaltliche Arbeit für die Delegierten an: es ging um je einen Antrag der Landesarbeitskreise Agrarpolitik sowie Jugend- und Gesellschaftspolitik. Der AK I hatte sich des Themas „Einführung von Führungszeugnissen für Ehrenamtliche“ angenommen und Christian Hagen stellte das Positionspapier den Delegierten nochmals vor. Da es wenig Nachfragen aufgrund der Klarheit des Antrags gab, wurde das Papier unverändert angenommen. Kern des Papiers ist, dass sich die Bayerische Jungbauernschaft gegen die Einführung von Führungszeugnissen für Ehrenamtliche ausspricht, da wir uns davon keinen wirklichen Gewinn und Fortschritt versprechen und zudem eine Ausweitung der bürokratischen Hemmnisse befürchten, die wiederum negativ auf das Engagement



Delegierte der BJB tragen
Werbefestel für den DLT
2011

Bayern“ den Delegierten vorgelegt wurde. Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, unter anderem um Fragen der Verpflichtung zu persönlichkeitsbildenden Maßnahmen und mögliche Schulstandorte in Bayern. Nach sehr guter inhaltlicher Diskussion wurde das Positionspapier mit großer Mehrheit befürwortet.



Die Oberpfälzer klärten über ihre
Bezirke auf

Dann aber ging es in die weitere Nachmittagsgestaltung: es standen drei kleinere Exkursionen in die Umgebung an, so in die Felsenkeller von Schwandorf, zur Maschinenfabrik Horsch, ebenfalls in Schwandorf, und ein Teil der Gruppe blieb im Kloster, um sich die Umweltstation des Klosters näherbringen zu lassen.



Gut ausgewählte Exkursionen, die bei den TeilnehmerInnen gut ankamen nach einer schon intensiven Tagesordnung. Nach einem gemeinsamen Abendessen war dann der Bezirksverband Oberpfalz an der Reihe. Er stellte allen Nicht-Oberpfälzern den Bezirk und seine Besonderheiten anhand einer zünftigen Zoiglprobe im Kellergewölbe des Klosters vor.

Reinhold Strobl überbrachte als Mitglied des Landtags aus dem Kreis Amberg die Grüße der Landtags-SPD und verwies auf die Zusammenarbeit in der Vergangenheit, unter anderem mit dem BJB-Geschäftsführer auf Ebene des Bayerischen Jugendrings. Last but not least konnten wir auch die Agrarreferentin der Arbeitsgemeinschaft der Landjugend im Bayerischen Bau-

Bei den Vergaben für künftige Veranstaltungen wurden für die Übergabe der Erntekrone die Landjugendgruppe Lindau und für die Ausrichtung der Kalendergirlparty aus dem Bezirk Oberbayern die Jungbauernschaft Dachau von der Versammlung bestimmt.

Nach diesem straffen Programm, wobei noch nicht einmal alle Einzelpunkte aufgeführt sind, ging es nun noch um die Nachwahlen von drei Positionen für den Landesvorstand. Es rückte für Martin Seidl aus der Oberpfalz Martin Schärfl nach, für Katrin Engelbrecht aus Oberfranken Florian Schaller und für Johannes Huber von den Jungzüchtern Heike Röthenbacher. Als Kassenprüfer wurde Martin Seidl gewählt.



Die Delegierten auf der Landesversammlung der BJB

Der Spaß kam dabei nicht zu kurz, zumal es auch einen Oberpfälzer-Sprachkurs für „Zugereiste“ Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der BJB und Gäste, wie den BDL-Vorsitzenden Gunther Hiestand, gab.

ernverband, Kathrin Rauhmeier, begrüßen, die sich und ihre Aufgabengebiete vorstellte. Wie üblich ist der Sonntag der Tag der BJB-Landesversammlung, bei dem auf zahlreiche Projekte des Landes und der Bezirke explizitere Rück- oder Vorschau gehalten wird. Exemplarisch sind dabei nur zu nennen die Themenblöcke Internationales, hervorragend dargestellt von Alexandra Krause, die Homepage und die BL, der Rückblick auf den Landjugendpreis, der Gruppenleiterlehrgang und die Juleica, der Exkurs zu BJR und zum BDL, wobei dieser natürlich exklusiv vom BDL-Bundesvorsitzenden Gunther Hiestand gehalten wurde.

Bei den zu Verabschiedenden bedankten sich die Landesvorsitzenden Simone Eichinger und Ludwig Raßhofer, wobei leider nur Gisela Weishaupt anwesend sein konnte. In Abwesenheit wurden Michael Schönmoser und der Kassenprüfer Stefan Mayr verabschiedet.



Konzentrierte Zuhörerinnen und Zuhörer

Sonntag, 21.11.2010, 09 Uhr, Landesversammlung Part 2: es erfolgt der Einstieg in den zweiten und öffentlichen Teil der Versammlung. Zuvor gab es traditionell eine Andacht in der Kirche, die von den Meisten besucht wurde und den eigentlichen Auftakt bildete. Begrüßen konnten wir zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen den Bürgermeister von Ensdorf, Markus Dollacker. Dieser stellte insbesondere den landwirtschaftlichen Bezug der Gemeinde Ensdorf heraus. Der Landrat des Landkreises Amberg, Richard Reisinger, wünschte sich ein einvernehmliches Miteinander im ländlichen Raum. Albert Füracker, Vorsitzender des Agrarausschusses im Landtag und Agrarsprecher der CSU betonte, dass er selbst Mitglied der Jungbauernschaft seit Jahrzehnten ist und sich sehr freut, dass die BJB an agrarpolitischen Themen teilnimmt und sich dementsprechend einbringt.

Er lobte die BJB vor allem noch mal für die Zentralveranstaltung zum Tag des offenen



BDL-Bundesvorsitzender Gunther Hiestand lobt das Engagement der BJB beim Tag des Offenen Hofes

Erntekrone an den Landwirtschaftsminister Brunner durch die mittelfränkische Gruppe Ipsheim und einem Ausblick auf die kommenden Grainauer Tage.

Hofes, die erstmalig so organisiert war mit zwei offenen Betrieben und forderte die Delegierten auf, sich weiter engagiert einzubringen. Weiter ging es unter anderem mit der Rückschau auf den Landeslandjugendtag in Niederbayern, die Übergabe der



Das Hauptamt freute sich seine Geschenke

Nach einem kleinen Dankeschön an die MitarbeiterInnen der Geschäftsstellen und aktuellen Informationen und Terminankündigungen, zum Beispiel zum anstehenden Landestreffen, bedankten sich die beiden Landesvorsitzenden beim ausrichtenden Bezirk Oberpfalz für den guten Ablauf und die Atmosphäre, wünschten der Versammlung einen guten Nachhauseweg und vor allem, dass man sich auf der 79. Landesversammlung in Schwaben in 2011 wieder sieht.

Fazit: Kurzum, es war gut und gelungen, viele Punkte konnten abgehandelt werden und die Stimmung hat auch gepasst. So darf es wieder sein!

Marcus Rothbart



Grainauer Tage 2010 – Agrarpolitik nach 2013

Der Landesarbeitskreis Agrarpolitik der Bayerischen Jungbauernschaft hätte sich kein passenderes und aktuelleres Thema aussuchen können für die Grainauer Tage 2010. Es ging um das in allen landwirtschaftlichen Medien vorrangig behandelte und fokussierte Thema der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik nach dem Jahr 2013. Hierzu hatten wir namhafte Referenten gewinnen können, die uns am ersten Adventswochenende Rede und Antwort standen. Zum Auftakt am Freitagabend gewährte uns aber zuerst Herr Gerhard Müller, Geschäftsführer des LBD Pfarrkirchen, einen Einblick in die Firmengruppe des Buchführungsdienstes der Bayerischen Jungbauernschaft. Manches wusste man sicherlich schon, aber die Umfänglichkeit der Aktivitäten der Unternehmensgruppe, die vor über 40 Jahren aus der BJB entstanden ist, erstaunte dann doch. Nicht zuletzt wurde hier auch klar, dass der LBD mit seinen Tochterfirmen auch ein guter Ansprechpartner für die Belange der Bayerischen Jungbauernschaft und ihrer Untergliederungen oder Mitglieder sein kann.

Am Samstag stand dann der inhaltliche Beginn der Grainauer Tage an. AK-II Sprecher Bernhard Schleich begrüßte die zahlreichen TeilnehmerInnen in der Jungbauernschule und leitete auch gleich über



Prof. Dr. Heißenhuber bei seinem Rückblick

zum ersten Referenten, Prof. Dr. Heißenhuber vom Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaues der TU München-Weihenstephan. Dieser startete seinen Vortrag mit dem Titel „Ausrichtung der Agrarpolitik nach 2013- womit muss man rechnen?“ mit einem Blick zurück in die Anfänge der Agrarpolitik.

Bereits im Jahr 1879 wurde mit Hilfe von Zöllen ein Außenschutz in den Bereichen Roggen und Eisen eingeführt, seitdem hat die Politik versucht Landwirtschaft und Industrie durch die Errichtung von Regularien gegen unliebsame Importe abzuschirmen. Auch die GAP hat dieses so weitergeführt und erst durch die McSharry Reform des Jahres 1992 und die Einführung von Direktzahlungen wurde das System weitgehend verändert. Ab dem Jahr 2003 begann zumindest in Deutschland die Entkopplung der Direktzahlungen und begründet wurden und werden diese mit im Grunde drei Argumenten:

1. **Ausgleich für Preissenkungen**
2. **Ausgleich für höhere Auflagen gegenüber Nicht-EU Staaten**
3. **Entgelt für Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft**

Dabei stellt sich aber die Frage, ob diese künftig noch gesellschaftlich akzeptiert werden, oder ob es andere, und wenn welche, Begründungen für eine Unterstützung der Landwirtschaft geben kann. Argumente für eine Weiterentwicklung zu einer GAP 2013+ lassen sich laut Heißenhuber aus den folgenden Punkten ableiten:

- **Zahlungen seien Entgelt für die öffentlichen Güter, ist in einer pauschalen Forderung nicht überzeugend.**
- **Direktzahlungen werden zu einem Teil überwältigt (Pachtpreis, Produktpreis).**
- **Öffentliche Güter nur dann „entlohnen“, wenn sie knapp sind bzw. wenn sie knapp zu werden drohen.**
- **Zur Bewältigung neuer Herausforderungen im Bereich Landwirtschaft und ländliche Räume sind die pauschalen Zahlungen nicht geeignet.**

Eine einheitliche Flächenprämie in der gesamten EU, wie sie auch gerade diskutiert wird, ist laut Prof. Heißenhuber nicht vermittelbar. Seiner Vorstellung nach seien zwei Szenarien der Landnutzung in Zukunft zu erwarten:

1. **produktions- bzw. marktorientierte Landwirtschaft (Farming)**
2. **multifunktionale Landwirtschaft (Ökologisierung, Artenschutz)**

Als besondere Herausforderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik 2013+ und mögliche Begründungswege für weitere Zahlungen an die Landwirtschaft, sieht er derzeit die folgenden Punkte:

- **Effiziente Bereitstellung qualitativ hochwertiger, sicherer Lebensmittel und Rohstoffe**
- **Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Agrar- und Ernährungssektors**
- **Ressourcenschutz, Erzeugung öffentlicher Güter, Entwicklung ländlicher Räume**
- **Anpassung an den Klimawandel**
- **Verringerung der Emissionen aus der Landwirtschaft**
- **Erhaltung der biologischen Vielfalt**

Kernaussage von Heißenhubers Vortrag war, dass diejenigen Leistungen, die nicht vom Markt entlohnt werden, auch in Zukunft vom Steuerzahler honoriert werden müssen. Professor Heißenhuber stellte aber auch klar, dass die Politik die Entscheidung zu treffen hat und Wissenschaft



Albert Deß, Mitglied des Europäischen Parlaments bei seinen Ausführungen



AK II – Vorsitzender auf Landesebene Bernhard Schleich überreicht Albert Deß ein Präsent



und Forschung nur Entscheidungshilfen liefern können. Nach diesem sehr inhaltvollen und anregendem Vortrag war es nun an Herrn Albert Deß, Mitglied des Europäischen Parlaments und Berichterstatter desselbigen zur anstehenden Agrarreform, seine Ausführungen darzulegen.

Nach dem am 18.11.2009 EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos einen ersten Entwurf für den Planungszeitraum 2014-2020 vorgelegt hat, wird MdEP Albert Deß in seiner Rolle als Berichterstatter des EU-Parlaments einen Bericht verfassen. „Im Moment ist der Vorschlag von Ciolos eine Diskussionsgrundlage und nicht mehr!“, so Deß. Nach dem die Vorschläge der verschiedenen Fraktionen mit dem Agrarausschuß abgestimmt wurden, wird der EU-Agrarkommissar Ende Juli 2011 quasi gesetzgebende Vorschläge vorlegen. Nach Worten von Deß ist ganz entscheidend, wie viel Geld im genannten Planungszeitraum zur Verfügung steht. Auf alle Fälle wird höchstwahrscheinlich keine Entscheidung vor Ende 2013 gefällt, wahrscheinlich wird, wie immer, bis zum letztmöglichen Zeitpunkt verhandelt. Für Deutschland war in der Vergangenheit wie für jeden anderen EU-Staat, die Rolle der Nettozahlerschaft und des Geldrückflusses aus Brüssel wichtig. Für alle EU-Staaten gilt, dass jeweils immer 1% des Bruttoinlandsproduktes als EU-Beitrag zu leisten sind. Margaret Thatcher hat für Großbritannien allerdings einen EU-Beitragsrabatt ausgehandelt, weil sie ihrerseits die gemeinsame Agrarpolitik der EU nicht mittragen wollte.

Zur Diskussion um gleiche Flächenprämien für alle EU-Länder ist aus Sicht von Albert Deß zu sagen, dass im Zieljahr 2014 die alten EU-Länder (EU 15) rund 288,- €/ha bekommen und die neuen Beitrittsländer (12) bereits 190,- €. Damit ist der Unterschied viel kleiner als allgemein behauptet wird. Bei den 12 Beitrittsländern wird immer mit der Flächenprämie von 92,- € aus dem Jahr 2008 argumentiert und damit auf eine notwendige Anpassung hingearbeitet.

Albert Deß stellte uns in seinem Vortrag auch die verschiedenen Szenarien für die EU-Ausgleichszahlungen nach 2013 vor. Dabei gibt es im Grundsatz drei verschiedene Optionen:

1. Es bleibt alles so, wie es ist, das gegenwärtige System wird beibehalten.

- 2. „Angrünung“ der 1. Säule, dabei wird unterschieden zwischen verpflichtenden und freiwilligen Leistungen, die auch unter dem Thema Einkommenssicherung zu sehen sind. Darüber hinaus können Zuschläge für sog. grüne, öffentliche Güter gezahlt werden. Die freiwilligen Leistungen in diesem Bereich können für spezielle natürliche Benachteiligungen, oder freiwillige Unterstützung der einzelnen Mitgliedsstaaten in verschiedenen Sektoren bezahlt werden. Dabei sollte eine nationale Kofinanzierung von mindestens 10% angestrebt werden.**
- 3. Direktzahlungen, Marktmaßnahmen und Mittel für die ländliche Entwicklung sollen auslaufen.**

In der anschließenden Diskussion war die Hauptbefürchtung, dass EU-Gelder in Zukunft zweckentfremdet für landwirtschaftsfremde Leistungen verwendet werden könnten, das beherrschende Thema. In der ausgiebigen Diskussion kon-



Die bayerische Sicht der Lage zur GAP nach 2013 Ministerialrat Dr. Maximilian Wohlgshaft

ten viele Fragen aus erster Hand geklärt werden. Die bayerische Sicht der Lage zur GAP nach 2013 wurde uns von **Ministerialrat Dr. Maximilian Wohlgshaft** aus dem Bayerischen Landwirtschaftsministerium vorgestellt. Dabei ist für Bayern oberste Prämisse die 2. Säule selbst auszugestalten, und sich somit auch etwas von anderen Bundesländern abzuheben. Ministerialrat Wohlgshaft ging ähnlich wie zuvor Albert Deß auf die 3 verschiedenen Optionen der Ausgestaltung der zukünftigen EU-Agrarpolitik ein.

Nach seinen Worten wird wohl am wahrscheinlichsten die 2. Möglichkeit mehrheitsfähig. Allerdings müssen aus Sicht Bayerns folgende Punkte besonders

berücksichtigt werden:

- **schlankere Verwaltung, Stichwort Entbürokratisierung**
- **eine Angrünung der 1. Säule wie unter Punkt 2. beschrieben würde dem entgegen sprechen**
- **die Ausgleichszulage soll in der GAP bleiben**
- **der Vorschlag, die Ausgleichszahlungen an die Arbeitskräfte zu koppeln, ist inakzeptabel, Stichwort Entbürokratisierung**
- **EU-weit einheitliche oder stark angegliche Zahlungen sind nicht akzeptabel**
- **Der Finanzrahmen für die GAP muss abgesteckt werden.**

In der während des ganzen Vortrags lebhaften Diskussion, wurde über die Sinnhaftigkeit der Direktzahlungen vor allem im Zusammenhang mit dem notwendigen Übel der Bürokratie diskutiert. Über ein Modell des stufenweisen Abbaus der Direktzahlungen (Möglichkeit 3) wurde ebenfalls klar diskutiert. Zum Abschluss



AGCO Fendt Vertriebsleiter Deutschland: Andreas Löwel

der samstäglichen Vortragsreihe stellte uns Herr **Andreas Löwel, AGCO Fendt Vertriebsleiter Deutschland**, die Unternehmensphilosophie und das Herangehen der Firma Fendt an die Herausforderungen der künftigen Agrarpolitik vor. Dabei zeichnete er den Teilnehmern ein durchweg positives Bild von der zukünftigen Entwicklung in der weltweiten Landwirtschaft. Wir haben eine stetig steigende Weltbevölkerung bei sich verringernden Anbauflächen. Das an sich ist eine Chance für die Landwirtschaft, wengleich Druck von mehreren Seiten kommt.

Dieser Druck lässt sich qualifizieren in steigende Energiekosten, steigende gesellschaftliche Ansprüche am Beispiel Pflan-



zenschutzmittelverbrauch und Landschaftsverbrauch und sinkender öffentlicher monetärer Unterstützung. Um diese Aufgaben zu meistern, ist ein Freier Handel in Zukunft ein unbedingtes Muss um Innovationen im vor- und nachgelagerten Bereich des Agribusiness voranzubringen, aber auch, um den Landwirten in Europa mehr Chancen zu geben. Um den Landwirten das nötige technische Rüstzeug an die Hand zu geben, dafür steht sein Unternehmen ein und an der Seite der Landwirtschaft, um die genannten Chancen und Risiken zu bewältigen.

Nach diesem sehr optimistischen Ausblick in die Zukunft der Landwirtschaft und der Landtechnikhersteller, die von einer guten inhaltlichen Diskussion abgerundet wur-



Interessierte Zuhörer stellten ihre Fragen

de, machten wir uns nach dem Abendessen auf zur Fackelwanderung durch Grainau. Der Sonntag begann mit dem Vortrag des Vorsitzenden des Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND),



Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND): Prof. Dr. Hubert Weiger

Herrn **Prof. Dr. Hubert Weiger**. Zunächst trug uns Weiger die Beweggründe seines Umweltengagements vor, dass seine Ursprünge in den 1960iger Jahren hatte und durch die Flurbereinigungsverfahren der damaligen Zeit eine Initialzündung er-

lebte. Aus Sicht des BUND ist die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung für die Gesellschaft. Dabei stellt sich natürlich die Frage, was Lebensmittel der Gesellschaft wert sind. Kleinstrukturierte, bzw. ökonomisch sinnvolle und gewünschte Strukturen, stehen aus Sicht seines Verbandes im Widerspruch zur Wirklichkeit und lassen Begrifflichkeiten wie Agrarfabriken und Massentierhaltung zum zentralen Streitpunkt zwischen Landwirten und Umweltaktivisten werden. Strukturen im nachgelagerten Bereich müssen laut Prof. Weiger regionalen Bezug haben, deshalb kann der BUND Großschlachthöfe, wie z.B. in Weißenfels, nicht akzeptieren und prozessiert gegen diese Entwicklung. Es werden kleinere Schlachthöfe verdrängt und regionale Strukturen zerstört. Auch

die sogenannte „Vermaisung“ durch das EEG ist dem BUND ein Dorn im Auge. Dem Verlust von Dauergrünland müsste durch eine Anzeigepflicht bei Umbruch entgegengetreten werden. Auf Grund all dieser Argumente forderte Prof. Weiger einen radikalen Umbau der Ausgleichszahlungen

an die Landwirte. Folgende Anforderungen müssen dabei berücksichtigt werden:

- **Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft müssen honoriert werden**
- **Förderung des Hoch- und Trinkwasserschutzes**
- **Förderung der Erhaltung des Bodenumus, Landschaftsbildes und der Artenvielfalt**
- **Gleiche EU-Flächenprämien für alle EU-Landwirte**

Darüber hinaus müsse die Höhe des EU-Agrarhaushaltes gehalten werden. Prof. Weiger ist im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vertreten, der sich mit der zukünftigen Ausrichtung der GAP beschäftigt hat. Folgende Forderungen wurden aufgestellt:

- **multifunktionale Landwirtschaft ist nicht zu Weltmarktpreisen zu haben.**
- **Weltmarktorientierung führt zu weiterer Intensivierung, deshalb muss die GAP gegensteuern**
- **Landwirte erwarten zu Recht ein gerechtes Einkommen**

Umgesetzt werden sollen diese Kernforderungen unter dem Motto: „Biodiversität – Chance für die Landwirtschaft!“ Dazu sind die folgenden Punkte umzusetzen:

1. Mindeststandards anheben:

Dabei sollen mindestens 10% Arten-schutzfläche auf jedem Betrieb geschaffen werden. Das kann z.B. durch Acker- und Uferrandstreifen passieren. Die künftige GAP soll außerdem weitere Fruchtfolgen, eine ausgeglichene Humus- und Nährstoffbilanz, Gentechnik in der Landwirtschaft und ein Grünlanderhaltungsgebot enthalten. Auch die Tierschutzstandards sollten angehoben werden.

2. Faire Marktregeln

Aus Weigers Sicht müssen Mengengerulierungen auch in Zukunft möglich sein. Die Lebensmittelkennzeichnung muss dahin gehend verbessert werden, dass z.B. genveränderte Lebensmittel leichter erkennbar sind.

3. Subventionen gezielt einsetzen

Brüssel sollte sich mehr an ökologischen Leistungen eines Betriebes beteiligen, ökologische Leistungen sollen durch wirksame Erhöhungen der Transfers gefördert werden. Da das Leitbild des BUND eine ökologische Landwirtschaft ist, muss dies nach den Worte Weigers noch mehr gefördert werden.

Zum Schluss des Vortrages versuchte uns Herr Prof. Weiger noch die Zukunftsvisionen des BUND näher zu bringen. Dazu gehört eine neue regionalisierte Landwirtschaftspolitik, sowie eine gezielte Förderung des ökologischen Landbaus. All diese Ideale müssen mit regionalen Strukturen vernetzt werden. Die Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse soll in regionalen Räumen passieren.

Im Bereich der Tierhaltung sollte die tiergerechte Haltung und Fütterung einen größeren Stellenwert bekommen und heimische Eiweißpflanzen besser erforscht werden. Im Bereich der Vermarktung wünschte sich Weiger außerdem mehr Wahrheit und Klarheit am Markt, denn durch die landläufig verklärenden Bilder der Werbung quer durch alle Medien, würden die Konsumenten getäuscht. Eine bessere Mittelausstattung der Verbraucherberatung könnte zu der Lösung dieses und anderer Probleme einen erheblichen Beitrag leisten.



Der Vortrag enthielt aus Sicht vieler junger Landwirte einige Stellen, die nicht nur diskussionswürdig, sondern auch nicht unkommentiert bleiben konnten. Nicht zuletzt Begrifflichkeiten wie Agrarfabrik oder Massentierhaltung sorgen in Landwirtschaftskreisen immer wieder für Unmut. Auch der Begriff der Vermaischung wurde deutlich kritisiert. Dass höhere Standards auch größere Einheiten vor allem in der Tierhaltung bedingen, wurde Herr Weiger ebenfalls versucht zu erklären, wobei auf einige Nachfragen uns keine konkreten Antworten geliefert werden konnten. Es war deutlich zu merken, dass die Übereinstimmung zwischen Naturschutz und aktiven Landwirten nicht immer gegeben ist.

Den Abschluß der Grainauer Tage 2010 bildete der Vortrag des österreichischen stellvertretenden Jungbauernschaftsvorsitzenden Markus Brandmayr. Unter dem Thema „Kampf um unsere Bauernhöfe“ stellte uns Markus Brandmayr die österreichische Sicht auf die künftige GAP der EU vor. Zusammen mit dem österreichischen Bauernbund wurde ein 10 Punkte Programm entwickelt:

1. Die GAP ist der Schlüsselbereich der Gemeinschaftspolitik.
2. Die erste und zweite Säule müssen grundsätzlich beibehalten werden.
3. Österreich fordert einen wirksamen Außenschutz sowie Wiedereinführung der Intervention in allen Bereichen.
4. Man erwartet außerdem ein klares Bekenntnis zu den Direktzahlungen der EU.
5. Bei den EU-Ausgleichszahlungen müssen Kaufkraftdisparitäten berücksichtigt werden.
6. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen die Ausgleichsregelung länderspezifisch umsetzen dürfen.
7. Die Ausgleichszulage in den benachteiligten Gebieten muss weiterentwickelt werden.
8. Der ländliche Raum muss besser gefördert werden.
9. Diversifizierung und Wettbewerbsfähigkeit müssen weiter voran gebracht werden.
10. Entbürokratisierung soll nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben.

Bezugnehmend auf die Vorschläge von Agrarkommissar Ciolos, ist es aus Sicht

der Österreicher am Wahrscheinlichsten, dass die 2. Option zum Tragen kommt, ein typischer EU-Kompromissvorschlag eben, so Brandmayr.



Stellvertretender Vorsitzender der österreichischen Jungbauernschaft: Markus Brandmayr

Dennoch hat man in der Alpenrepublik den Eindruck, dass Ciolos auf die Verbesserungsvorschläge der einzelnen Mitgliedsstaaten zu wenig eingeht. Die österreichischen Jungbauern haben zwei zentrale Kritikpunkte an den EU-Vorschlägen:

1. Es wurden keine Aussagen über die künftige Mittelausstattung bzw. über die Finanzierung der künftigen GAP getroffen.
2. Die GAP wird zu stark ökologisiert, dadurch werden die österreichischen Umweltprogramme unterlaufen und es gibt im Endeffekt für den einzelnen Landwirt weniger Geld, da es keine Doppelförderung geben kann und darf.



v.l. Albert Deß, Mitglied des Europäischen Parlaments, Gerhard Müller, Geschäftsführer des LBD Pfarrkirchen, Rainer Schmelz, Schulleiter der Jungbauernschule Grainau

Auf der anderen Seite werden die folgenden Punkte aus dem Ciolos-Papier positiv bewertet:

1. Junglandwirte sollen gezielt gefördert werden.

2. Bekenntnis zur flächendeckenden Landwirtschaft.
3. Künftige GAP lässt Instrumente gegen Preisschwankungen zu.
4. Beibehaltung des 2 Säulen-Modells.
5. Erhalt der Nahrungsmittelsouveränität.

Um die Kirchen und Nichtregierungsorganisationen aus dem nichtlandwirtschaftlichen Bereich von der Notwendigkeit der Ausgleichszahlungen und den Forderungen der österreichischen Landwirtschaft zu überzeugen, wird in Zukunft der Dialog mit der Kirche verstärkt werden. Besonders aktiv sind aus Sicht Brandmeyrs die sog. Umweltgruppierungen in Brüssel, die hier gezielt ihre Interessen in die EU-Politik einbringen und so eine ideologisch geprägte Ökologisierung der Landwirtschaft vorantreiben. Hier gilt es nicht nur sein Augenmerk darauf zu legen, sondern aktiv an diese Organisationen heranzugehen und Überzeugungsarbeit zu leisten. Um die genannten Ziele zu erreichen, müssen sich auch die österreichischen Landwirtschaftsverbände gezielt weiterentwickeln. Dazu will die Jungbauernschaft Österreichs entscheidend beitragen. Nach hochinteressanten Tagen in Grainau konnten die Teilnehmer die Erkenntnis mit nach Hause nehmen, dass es sich wieder gelohnt hat.

Zu dem aktuellen Thema der Weiterentwicklung der GAP nach 2013 konnten